

KURZMELDUNGEN

Kein Auftritt
von Cavusoglu

ZÜRICH | Das Hilton Hotel in Zürich-Opfikon hat die öffentliche Veranstaltung des türkischen Aussenministers abgesagt. Mevlüt Cavusoglu wollte sich im Hotel mit Mitgliedern der türkischen Gemeinschaft in der Schweiz austauschen. «Wir haben die Veranstaltung heute Morgen abgesagt», bestätigte Hilton Eventmanager Alexej Lintchuc am Donnerstag eine Meldung von «Schweiz aktuell» von SRF auf Anfrage der Nachrichtenagentur sda. Der Veranstalter könne nicht garantieren, dass die Sicherheit der Hotelgäste, der Besucher der Veranstaltung und der Hotelmitarbeiter gewährleistet sei. Auch der Zürcher Regierungsrat will den Anlass, bei dem es sich offenbar um einen Wahlkampfauftritt handelt, verhindern. Er hat bereits am Mittwoch beim Bundesrat interveniert. Er erachtet die Durchführung der Veranstaltung als «nicht verantwortbar» und hat «allergrösste Sicherheitsbedenken». Die Sicherheitsdirektion rechnet «in jedem Fall mit massiven Kundgebungen» und selbst ein grosses Polizeiaufgebot könne nicht gewährleisten, dass die Veranstaltung unter Einhaltung von Ruhe und Ordnung über die Bühne gehen könne. Deshalb solle die Veranstaltung abgesagt werden. | sda

1,8 Milliarden
für Strassenbau

BERN | Das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) hat Strassenbauprogramme in der Höhe von rund 1,8 Milliarden Franken bewilligt. Damit werden in diesem Jahr unter anderem Nationalstrassen erweitert und repariert. In den Bau von neuen Abschnitten sollen 400 Millionen Franken fliessen, wie das Bundesamt für Strassen (ASTRA) mitteilte. Dazu gehören die Weiterarbeit an der A9 im Oberwallis, die Transjurane (A16) im Kanton Bern und der Ost-Ast der Umfahrung Biel (A5). Für 1,2 Milliarden wird das bestehende Netz ausgebaut und repariert. Diese Gelder stammen aus der Spezialfinanzierung Strassenverkehr. Gemäss ASTRA sollen damit 2017 unter anderem die Arbeiten auf der A1 zwischen Rheineck und St. Margrethen SG, auf der A6 zwischen Thun Nord und Spiez BE und auf der A9 zwischen Vennes und Chexbres VD gestartet werden. | sda

Wirtschaft
gebremst

BASEL | Das Nein zur Unternehmenssteuerreform III (USR) bremst nach Ansicht der Konjunkturforscher der BAK Basel die Schweizer Wirtschaft. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) dürfe im laufenden Jahr nur noch um 1,6 Prozent wachsen. Auch 2018 werde das BIP lediglich um 1,8 Prozent zulegen, teilte die BAK Basel in einem Communiqué mit. Bislang waren die BAK-Auguren von einem Plus von 2 Prozent für beide Jahre ausgegangen. Dass die Wachstumsprognosen schwächer ausfielen als vor drei Monaten, hänge neben dem schwachen Jahresende 2016 insbesondere mit der Ablehnung der USR III zusammen. | sda

Bern | Ständerat will keine nationalen Kleidervorschriften

Mehr Nacktwanderer als Burkas

Die Burka wird in der Schweiz vorerst nicht verboten. Der Ständerat hat am Donnerstag einen Vorstoss aus dem Nationalrat für ein Verbot abgelehnt. Dieser ist damit erledigt, doch wird sich voraussichtlich noch das Stimmvolk äussern.

Der Ständerat lehnte die parlamentarische Initiative von Nationalrat Walter Wobmann (SVP/SO) mit 26 zu 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen ab. Dieser wollte in der Verfassung verankern, dass niemand sein Gesicht im öffentlichen Raum verhüllen darf. Das Verbot hätte neben der Vollverschleierung (Burka) auch den Gesichtsschleier (Niqab) umfasst, der nur die Augen freilässt. Andere Formen der Verschleierung wären ebenfalls unter die Bestimmung gefallen. Im Ständerat wiesen die Gegner darauf hin, dass Burka und Niqab in der Schweiz selten anzutreffen seien. Ihretwegen drohten nun aber nationale Kleidervorschriften, stellte Andrea Caroni (FDP/AR) fest. Das widerspreche den freiheitlichen Grundsätzen.

Mehr Nacktwanderer
als Burkas

Die Ständesvertreter betonten zudem, die Kompetenz liege bei den Kantonen. Diese sollten gemäss ihren unterschiedlichen Bedürfnissen Regelungen erlassen können. Im Appenzell beispielsweise gebe es mehr Nacktwanderer als Burkaträgerinnen, sagte Caroni. Deswegen habe das Parlament aber kein

nationales Nacktwandererverbot erlassen. Die beiden Appenzell hätten das auf kantonaler Ebene geregelt. Ein weiteres Argument war der Tourismus. Er selbst würde nie im Leben solche Kleidung tragen, sagte Hans Stöckli (SP/BE). Ein Verbot wäre aber ein Problem für den Tourismus, die Zahl von Touristinnen und Touristen aus islamischen Ländern steige.

Frauen-Argument
«verlogen»

Kritik übten die Gegnerinnen und Gegner am Argument der Befürworter, es gehe auch um die Diskriminierung von Frau-

en. Sie sei dezidiert dagegen, dass Frauen unterdrückt und in ein «Stoffgefängnis» eingesperrt würden, betonte Anita Fetz (SP/BS). Doch es handle sich um ein vorgeschobenes Argument, «scheinheilig und verlogen». Die gleichen Kreise seien gegen ein modernes Eherecht eingetreten. «Der Initiant will nicht ein Problem lösen, sondern einen symbolischen Kulturkampf lancieren», sagte Fetz. «Da kann ich nicht mitmachen.» Fabio Abate (FDP/TI) stellte fest, es sei keine Frage der Kleidung, ob die Rechte von Frauen respektiert würden oder nicht.

«Bevölkerung
fühlt sich unwohl»

Für ein Burkaverbot machte sich Thomas Minder (parteilos/SH) stark. Er wies darauf hin, dass bereits 15 Länder ein solches Verbot erlassen hätten. Der Grund sei klar: «Die Bevölkerung fühlt sich unwohl, wenn Personen sich verhüllen», sagte Minder. Das Parlament müsse sich die Frage stellen, auf wen es die Politik ausrichte. Wenn das Volk entscheiden könne, werde es klar zustimmen – noch deutlicher als es der Minarettinitiative zugestimmt habe. «Was wir in Bundesbern oft vergessen, ist das Lesen zwischen den Zeilen», kritisierte Minder. Es gehe nicht um einzelne Burka- oder Niqabträgerinnen, sondern um die «fortschreitende Islamisierung».

Das kleinere Übel

Auch Filippo Lombardi (CVP/TI) und Werner Luginbühl (BDP/BE) sprachen sich mit Verweis auf die Stimmung in der Bevölkerung für das Verbot aus. Es wäre besser, wenn sich das Parlament der Frage annähme, sagte

Lombardi. Er machte auch kulturelle Gründe geltend: In der Schweiz zeige man sein Gesicht. Für Luginbühl ist der parlamentarische Weg «das kleinere Übel». Der Wille, das Thema zu bewirtschaften, sei gross, stellte er fest.

Knappes Ja
im Nationalrat

Der Nationalrat hatte der Initiative im Herbst äusserst knapp zugestimmt, mit 88 zu 87 Stimmen bei 10 Enthaltungen. Vollverschleierung und der radikale Islam müssten in einem Zusammenhang gesehen werden, sagte Wobmann in der grossen Kammer. Nach dem Nein im Ständerat kommt es nun voraussichtlich zu einer Volksabstimmung: Das «Egerkinger Komitee» um Wobmann hat die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» lanciert. Die Initianten haben bis am 15. September 2017 Zeit, die nötigen 100 000 gültigen Unterschriften zu sammeln. Nach Angaben von Rednern im Ständerat sind bereits 70 000 Unterschriften zusammen gekommen. | sda

Im Tessin verboten

Im Kanton Tessin gilt seit dem 1. Juli 2016 ein Verhüllungsverbot. Die Stimmberechtigten hatten 2013 eine entsprechende Initiative auf kantonaler Ebene angenommen. Im ersten halben Jahr wurde gegen sechs Frauen ein Verfahren eröffnet.

Ob das Verbot zulässig ist, war zunächst umstritten gewesen. Der Bundesrat und das Parlament kamen aber zum Schluss, dass das Tessiner Verhüllungsverbot bundesrechtskonform ausgelegt werden könne. Der Bundesrat

hielt zwar fest, dass er solche Verbote nicht für sinnvoll halte, da in der Schweiz nur sehr wenige Personen Gesichtsverhüllungen aus religiösen Gründen trügen.

Er verwies jedoch auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom Juli 2014, gemäss dem ein ähnliches französisches Gesetz nicht gegen die Menschenrechtskonvention verstösst. Auf dieses Urteil berufen sich auch die Initianten des Volksbegehrens.

Bern | Religiöse Gemeinschaften besser schützen

Gegen Gewaltakte

Religiöse Gemeinschaften in der Schweiz sollen besser vor terroristischer und extremistischer Gewalt geschützt werden. Der Ständerat will vom Bundesrat Aufschluss erhalten, was zusätzliche Massnahmen gegen potenzielle Gewaltakte kosten würden.

Ebenso will der Ständerat wissen, welche Gesetzesänderungen für den besseren Schutz nötig wären. Die kleine Kammer unterstützte dazu oppositionslos eine Motion von Daniel Jositsch (SP/ZH). Der Bundesrat erklärte sich mit dem Anliegen einverstanden. Das nächste Wort zu der Angelegenheit hat nun der Nationalrat. Jositsch zitierte einen Bericht des Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) und des Departements des Innern (EDI), wonach jüdische Gemeinschaften zurzeit beson-

ders gefährdet sind. Sie sorgten sich um die Sicherheit von Menschen und ihrer Einrichtungen. Im Vorstoss gehe es aber nicht nur um die Juden, sondern um alle gefährdeten Minderheiten, sagte Jositsch.

Frage der Koordination

Geklärt werden soll laut dem Vorstoss, wie weit dieser Schutz dem Bund obliegt, den Kantonen oder den Gemeinden. Den Kantonen werde nichts weggenommen, sagte Jositsch. Vielmehr gehe es um eine Koordination vonseiten des Bundes. Er forderte, das Schwarzer-Peter-Spiel zwischen Bund und Kantonen zu beenden.

Justizministerin Simonetta Sommaruga erklärte sich bereit, die Motion anzunehmen. «Es ist klar, dass es hier eine Koordination braucht», sagte sie. Die Kompetenzordnung dürfe aber nicht übergangen werden. Sommaruga kündigte zudem



Extremismus. Fraumünster und Grossmünster (rechts) in Zürich. Religiöse Gemeinschaften sollen besser geschützt werden.

FOTO KEYSTONE

an, dass in der Bundesverwaltung eine Ansprechstelle für religiöse Gemeinschaften eingerichtet werden solle.

Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) stellte in einem Positionspapier fest, dass Jüdinnen und Juden

weitgehend selbst für ihre Sicherheit sorgen müssten, für mehrere Millionen Franken. Der Grundsatz, wonach der Staat für den Schutz seiner Bürger zu sorgen habe, werde den Juden gegenüber nicht genügend eingehalten. | sda

Rechte stärken

BERN | Mit einem neuen Gesetz will der Bundesrat die Rechte der Zugpassagiere stärken. Dieses soll auch für klare Zuständigkeiten bei der Bahninfrastruktur sorgen und die Diskriminierung einzelner Bahnen verhindern. Doch der Nationalrat will es an den Absender zurückschicken. Er hat am Donnerstag mit 98 zu 75 Stimmen bei 10 Enthaltungen entschieden, die Vorlage «Organisation der Bahninfrastruktur» an den Bundesrat zurückzuweisen. Die Vorlage gehe in die richtige Richtung, da sie die Diskriminierung einschränke, sagte Kommissionssprecher Thierry Burkart (FDP/AG). SP, CVP und BDP versuchten, die Rückweisung zu verhindern. Die nötigen Änderungen könnten vom Parlament vorgenommen werden, sagte BDP-Sprecher Bernhard Gohl (AG). Es handle sich um Fragen, die politisch gelöst werden müssten und nicht von der Verwaltung, erklärte auch Verkehrsministerin Doris Leuthard. | sda



Verhüllungsverbot. Zwei verschleierte Touristinnen auf Shoppingtour in Genf.

FOTO KEYSTONE